

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Markus Frohnmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/26896 –**

### **Stärkung der Agrarwirtschaft in der Republik Benin – Nicht nur Rohstoffanbau, auch Rohstoffverarbeitung**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller verweisen darauf, dass ein Drittel des beninischen Bruttoinlandsproduktes in der landwirtschaftlichen Produktion erwirtschaftet werde und zwei Drittel der Bevölkerung Benins in der Landwirtschaft beschäftigt seien. Vor allem Baumwolle habe als Hauptexportprodukt des Landes einen hohen Stellenwert für die Wirtschaft. Problematisch daran sei, dass, analog zu anderen afrikanischen Ländern, Benin keine nennenswerte landeseigene Verarbeitung der Baumwolle betreibe und somit über 90 Prozent der Baumwolle exportiert würden, insbesondere nach China. Der Wertschöpfungsprozess, die Arbeitsplätze und die Renditen würden demzufolge in Asien bzw. in China verbleiben; in dieser Geschäftskonstellation würde Benin, wie andere afrikanische Staaten auch, als Billigrohstofflieferant und kaufkräftiger Absatzmarkt ausgenutzt. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Benin sei kaum wirtschaftlich ausgerichtet, obwohl Benin ein signifikantes Potential für eine wirtschaftliche Win-Win-Kooperation mit Deutschland im Baumwoll- bzw. im Textilsektor besitze.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/26896 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

**Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Peter Ramsauer**  
Vorsitzender

**Matern von Marschall**  
Berichterstatter

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

**Jens Bееk**  
Berichterstatter

**Eva-Maria Schreiber**  
Berichterstatterin

**Uwe Kekeritz**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Matern von Marschall, Dr. Sascha Raabe, Dietmar Friedhoff, Jens Beeck, Eva-Maria Schreiber und Uwe Kekeritz**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/26896** in seiner 212. Sitzung am 25. Februar 2021 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, bei ihren Verhandlungen über die EZ mit der Republik Benin verstärkt auf wirtschaftliche Zusammenarbeit zu setzen und dabei einen Schwerpunkt auf den Baumwoll- und Textilsektor zu legen. Die so ausgerichtete Zusammenarbeit solle mit der Wiederbelebung der deutschen Textilindustrie verknüpft werden, um damit einhergehend Wertschöpfung, Wachstum und Arbeitsplätze für beide Partnerländer zu schaffen.

Darüber hinaus solle die Bundesregierung die industrielle Entwicklung und die Transformation des beninischen Baumwoll- und Textilsektors unter Einbeziehung der deutschen Privatwirtschaft fördern, insbesondere durch die Bereitstellung von deutschem Know-how sowie Umwelt- und Sozialstandards.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26896 in seiner 77. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26896 in seiner 88. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass ihre Anträge immer auf Resilienz, Wertschöpfung und Nachhaltigkeit sowie auf eine Stärkung des afrikanischen Binnenmarktes zielen würden. Im Falle von Benin gehe es um die Stärkung der Agrarwirtschaft; hier liege die Wertschöpfung im Bereich der Baumwolle. Wie es auf dem afrikanischen Kontinent üblich wäre, verlasse ein Großteil der in Afrika produzierten Rohstoffe den afrikanischen Kontinent, um woanders veredelt zu werden. So würden 90 Prozent der Baumwolle aus Benin unverarbeitet exportiert, zum Beispiel nach China und Indien. Letztendlich würden die Produkte der Weiterverarbeitung zu günstigen Preisen nach Deutschland kommen, um zum Schluss als „Second Hand“-Produkte auf den afrikanischen Kontinent zurückzukehren. Mit dem Antrag fordere man, dass die Baumwolle in Benin mit deutscher Technik, wie man sie in Wuppertal oder Chemnitz eingesetzt hätte, weiterverarbeitet werden solle, damit die Wertschöpfung in Benin bleibe. Es gehe darum, in Benin aus Baumwolle Stoffe und Textilien herzustellen, mit denen der afrikanische Binnenmarkt beliefert werden könne, um diesen nachhaltig zu beleben.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist auf die Bedingungen der globalen Arbeitsteilung. Mit dem Fonds „Invest Africa“ habe man einen anderen Weg als die Antragsteller eingeschlagen und das nicht nur in Benin, sondern auch in Mali. Es gehe darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Baumwollproduktion in einem ohnehin sehr schwierigen Konkurrenzumfeld, was durch starke Subventionen geprägt sei, zu stärken. Damit Produktionen und Exporte weiter stattfinden könnten, müssten verschiedene Interessen berücksichtigt werden. In der landwirtschaftlichen Ausbildung werde das Wissen über Wasserressourcenmanagement vermittelt, weil der Anbau von Baumwolle sehr viel Wasser verbrauche. Man müsse zudem auf eine Risikodiversifizierung hinwirken, denn die starke Abhängigkeit Benins von der Baumwolle als Exportartikel sei analog zur Abhängigkeit von den Hafenaktivitäten risikobelastet, zumal die Baumwollproduktion wegen Dürre in 2020 zurückgegangen wäre. Würden jetzt noch Baumwollschädlinge hinzukommen, wäre das Land zusätzlich betroffen. Insofern plädiere die Fraktion der CDU/CSU dafür, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Wirtschaft für mehr Diversifizierung zu sorgen. Grundvoraussetzung für alle Maßnahmen wäre die Stabilität in der Nachbarschaft, vor allem in Nigeria. Aus diesen Gründen werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** stellt heraus, dass es ihr generell schwerfalle, inhaltlich zu Anträgen der Fraktion der AfD Stellung zu nehmen. Diese fordere auf der einen Seite immer, die Mittel für EZ zu halbieren oder die EZ ganz zu beenden. Auf der anderen Seite versuche sie, den Anschein zu erwecken, dass sie sich mit einem Sektor besonders intensiv beschäftige; dabei stünden insbesondere die deutschen Interessen sehr stark im Vordergrund. Solange keine grundsätzliche Klärung in der Frage der EZ vorgenommen werde, lehne man es ab, sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen; den Antrag werde die Fraktion der SPD ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** stellt klar, dass die Idee, dass man die deutsche Textilindustrie mit deutschen Tarifstrukturen und deutschen Strompreisen durch deutsche EZ wiederbeleben könnte und dass man heute noch das Know-how dazu in Deutschland besitze, sei weit weg von der wirtschaftlichen Realität. Richtig an der Forderung der Antragsteller sei, dass man Wirtschaftsstrukturen in den Ländern, mit denen man bilaterale und multilaterale EZ mache, stärken müsse. Diese Länder sollten selbständig und auf Augenhöhe mit Deutschland zusammenarbeiten können. Der Ansatz, Benin produziere Baumwolle, und man selbst ver helfe der deutschen Textilindustrie zu neuer Stärke, stehe im Widerspruch zur Forderung der Wertschöpfung vor Ort. Eine Wiederbelebung der deutschen Textilindustrie sei frei von Sachkenntnis, und nicht zuletzt deswegen lehne die Fraktion der FDP diesen Antrag ab.

Die **Fraktion DIE LINKE**. räumt ein, dass der Antragsteller am Beispiel des Baumwollsektors in Benin ein reales Problem vieler afrikanischer Volkswirtschaften, nämlich die fehlende Verarbeitung der vorhandenen Rohstoffe, beschreibe. Dies führe dazu, dass afrikanische Länder stark vom Export dieser Rohstoffe abhängig seien und ein Großteil der Wertschöpfung in anderen Ländern stattfinde. Dadurch würden den afrikanischen Ländern wichtige Einnahmen, Arbeitsplätze und Industrialisierungsperspektiven verloren gehen. Von daher sei der Vorschlag der Antragsteller, im Rahmen der deutschen EZ den Aufbau einer verarbeitenden Industrie in Benin zu fördern, prinzipiell nachvollziehbar. Allerdings würden keine konkreten Maßnahmen genannt, mit denen Deutschland Benin beim Aufbau eines international konkurrenzfähigen Textilsektors unterstützen sollte. Stattdessen werde lediglich gefordert, den deutschen Privatsektor an diesem Aufbau zu beteiligen. Die Fraktion der AfD fordere, deutsche Entwicklungsgelder dazu zu verwenden, neue Produktionsstandorte für deutsche Unternehmen in Benin aufzubauen. Die Fraktion DIE LINKE. lehne eine Instrumentalisierung der deutschen EZ für deutsche Unternehmen ab. Zudem schwebte dem Antragsteller vor, den deutschen Textilsektor durch die Kooperation mit Benin insgesamt zu stärken und dadurch in Deutschland neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu schaffen. Es bleibe hier völlig unklar, wie man dieses Ziel erreichen wolle. Stattdessen werde einmal mehr betont, dass die eigenständige wirtschaftliche Entwicklung von Partnerländern im globalen Süden gefördert werden sollte. Hinter diesem hehren Ziel verberge sich die Vision, die wirtschaftlichen Potentiale einzelner Länder gezielt für Expansionsbestrebungen deutscher Unternehmen zu nutzen. Die deutsche EZ werde als Vehikel gesehen, um diese Vision zu verwirklichen. Deswegen lehne man diesen Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wendet ein, dass der vorliegende Antrag auf einer falschen historischen Analyse zum Niedergang der deutschen Textilindustrie beruhe, der ein geplanter Schritt der Politik zum Vorteil der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands gewesen wäre. Man hätte weder die Manpower noch das Kapital gehabt, um zusätzlich den Maschinenbau, die Automobilindustrie und die Pharmabranche voranzubringen. Darum hätte man damals die Textilindustrie ausgelagert; vorwiegend nach Pakistan. Der vorliegende Antrag ignoriere die globalen Verhältnisse und sei darum unbrauchbar. Es gebe im Baumwollbereich globale Probleme,

wie die Subventionen der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), die dafür sorgten, dass der Preis für Rohbaumwolle um 9 Prozent unter dem Realwert liegen würde. Notwendig wäre vielmehr eine Diversifizierung der Wirtschaft. Wenn ein Land wie Benin ausschließlich auf Baumwolle setze, wäre das volkswirtschaftlich und strukturpolitisch falsch. Dabei müsse man in Rechnung stellen, dass die Baumwollfelder im Eigentum von nur wenigen Familien seien, die allein davon profitierten; die dort beschäftigten Arbeiter täten es auf keinen Fall. Es sei zutreffend, dass eine Wertschöpfung vor Ort mehr einbringe als der reine Rohstoffexport. EZ sei im Übrigen kein Instrument der deutschen Außenwirtschaftsförderung. Darüber hinaus sei die Fraktion der AfD gegen eine Verbesserung der Produktionsverhältnisse im Globalen Süden, und das wäre die Voraussetzung für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem asiatischen Markt. Der Antragsteller sei auch gegen ein Lieferkettengesetz, das Mindeststandards definiere und Dumpingpreise des asiatischen Textilsektors verhindere. Sinnvoller wäre es, die Landwirtschaft zu diversifizieren, statt sich auf Cash Crops wie Baumwolle zu fokussieren. Man sollte vielmehr agrarökologische Ansätze, kleinbäuerliche Strukturen und den Anbau von Lebensmitteln für den lokalen Verbrauch fördern. Das wolle der Antragsteller nicht, und darum lehne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Antrag ab.

Berlin, den 24. März 2021

**Matern von Marschall**  
Berichterstatter

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

**Jens Beeck**  
Berichterstatter

**Eva-Maria Schreiber**  
Berichterstatterin

**Uwe Kekeritz**  
Berichterstatter





